

II-569 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 381/J

1991-01-30

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Lanner  
und Kollegen

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr  
betreffend Regionalanliegen Nr. 2 - Auslastung des LKW-Terminals Wörgl

Seit 2. Dezember 1990 ist der LKW-Terminal Wörgl in Betrieb. 160 Mio. Schilling hat der Bau des Verladebahnhofes für den kombinierten Verkehr Schiene-Straße gekostet. Die Auslastung ist katastrophal. Der Bahnhof wird von der Wirtschaft nicht angenommen. Spediteure sprechen von einer klassischen Fehlentscheidung und sind überzeugt: Hier wurden 160 Mio. Schilling Steuergeld planlos verschwendet! Dazu der Sprecher der Tiroler Frächter Otto Klausner laut "Wörgler Rundschau" vom 9.1.1991: "Die Bahn fährt zu den Zeiten, zu denen man sie nicht braucht. Sie bietet der Wirtschaft Ladenhüter, mit denen man nichts anfangen kann."

Hofrat Dr. Helmut Lampl von der Generaldirektion der ÖBB schiebt den Schwarzen Peter auf die Politik: "Der Terminal in Wörgl sei kein betriebswirtschaftlicher Wunsch der ÖBB gewesen, sondern ein politischer Auftrag", stellt er laut "Tiroler Tageszeitung" vom 1.1.1991 fest.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

-2-

A n f r a g e :

- 1) Wer hat den politischen Auftrag gegeben zum Bau des LKW-Terminals Wörgl?
2. Waren die ÖBB gegen den Bau eines LKW-Terminals Wörgl?
- 3) Wurden vorher alle notwendigen Untersuchungen vorgenommen, um eine bestmögliche Auslastung des LKW-Terminals sicherzustellen?
- 4) Wer ist für die wirtschaftsfeindliche Fahrplanerstellung verantwortlich?
- 5) Was werden Sie unternehmen, um eine bessere Auslastung des LKW-Terminals Wörgl zu erreichen?
- 6) Welcher konkrete Zeitplan ist für die Umsetzung dieser Maßnahmen vorgesehen?